

Vaale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
wed. 3. Tagesblatt. 33 mm br. Kolonnenweite oder deren Raum mit 40 Pf. bez. Anz. u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Reklamen die 2 mm breite Zeile 1.25 Mt. Anzeigen Annahmestellen vorn. 11 Abt. für die Sonntags-Nr. ebenfalls 4 Pf. Abbestellungen, soweit zu möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Geschäftsverh. 12. Mt. Sonntags 1 Mt. Geschäftsverh. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Domstraße 13, Dr. Brauerstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Halle, Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.80 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.90 Mark ausschließlich. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im omnibus Zeitungsverzeichnis unter Sonntags-Zustellungsgebühren. Für unentgeltlich eingehenden Monatspreis wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Vaale-Zeitung“ gestattet. Gernur der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Nr. 494.

Halle, Montag, den 21. Oktober.

1918.

Der Wortlaut der deutschen Antwort.

Der Großangriff bei Le Cateau mislungen.

Das Volk regiert in Deutschland.

Milderung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. — Kein Torpedieren von Passagierschiffen. — Eneergischer Hinweis auf die vollzogenen Verfassungsänderungen.

Die Deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. Mt. lautet wie folgt:
Berlin, 21. Oktober. (Amtlich.) Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Klärung der Beziehungen davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Klärung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Grenzen den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung aufstellen werde, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Abwägung eines Friedens und der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Vorschläge ein gegen den Vorwurf ungeschickter und unangenehmer Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Verletzungen werden zur Deckung eines Nützigen immer notwendig sein und sind insoweit vordergründig sekundär. Die deutschen Truppen haben die strengste Befehls-, das Privatvermögen zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Missgeschick vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bekräftigt auch, daß die deutsche Marine bei Verletzung von Schiffen Rettungsboote nicht isten Insassen absichtlich vernichtet hat.

Die deutsche Regierung erklärt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseeboot-Kommandanten Befehle ergangen, die eine

Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen,

wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beilegung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Willen den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volkswortlautung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Willkür der Volkswortlautung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist

ein grundlegender Wandel eingetreten.

Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen und direkten Wahlsrecht hervorgegangenen Volkswortlautung. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt annehmen oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung der Reichstages gegenüber der Volkswortlautung wird gesetzlich aufrecht und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volkswortlautung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Reiches ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Verfügungen, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren eneergische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unabweislich dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, 20. Oktober 1918.

gez. Sell, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Der Aufbau in Ostpreußen und seine Lehren.

Ein Blick auf den Wiederaufbau Ostpreußens ist heute zeitgemäßer denn je. Die Einkassiertensachen dieses Krieges, die Polen, bannen dem deutschen Volk, durch diesen Blut von mühsamer Anstrengung bereit zu werden, dadurch, daß sie in ihrer Unerschlichkeit alten deutschen Boden fordern. In Westpreußen, so herrscht auch in der ostpreußischen Nachbarprovinz bange Sorge: eine auch nur teilweise Erfüllung der politischen Wünsche würde, wenn nicht die politische, so doch die wirtschaftliche Misfälligkeit der Provinz von dem übrigen Körper des Staates und Reiches bedeuten. Aber gerade das Schicksal Ostpreußens ist in diesem Augenblick auch eine ernste Mahnung an die Kriegführenden hüben und drüben. Der notwendige Wiederaufbau dieser Provinz, die doch nur zu einem Teil und nur eine beschränkte Zahl von Wochen hindurch den Schicksal kriegerischer Ereignisse gelitten hat, hat schon bis heute mehr als 3/4 Jahre in Anspruch genommen und den preußischen Staat schon rund 1 1/2 Milliarden gekostet. Und endlich sind bemerkenswerte Lehren aus dem Wiederaufbau der Provinz auch für die Wiederbelebung der Bauwirtschaft in der Zeit nach dem Kriege zu ziehen und von berufener Stelle vor wenigen Tagen auch bereits gezogen worden. Es handelt sich um die Frage der Zuverlässigkeit im Bauergewerbe, die auch nach dem Friedensschluß noch brennend liegt wird, wenn es gilt, der zu erwartenden Wohnungsnot zu begegnen, deren Bekämpfung nach überschlägiger Berechnung rund 16 Milliarden erfordert wird.

An Kriegsschadensfällen waren in Ostpreußen bis zum 1. Oktober 1917 über 247 000 angemeldet, von denen bis zum Beginn des laufenden Jahres 114 000 (unter 15000 Mt.) abgefunden waren. Die Schicksale wurden vielfach: im Regierungsvergleich Königsberg auf rund 102 Millionen, im Regierungsvergleich Gumbinnen auf rund 61 Millionen, im Regierungsvergleich Allenstein auf rund 284 Millionen, zusammen rund 1,056 Milliarden, die reinen Gebäudeschäden auf 382 Millionen. Insgesamt waren in der Provinz rund 22 000 Gebäude zerstört, deren 3435 in den Städten, 25 400 auf dem Lande. Wiederaufgebaut waren bis Ende 1917 18 212 Gebäude, davon 1153 in den Städten und 17 059 auf dem Lande. Im Jahre 1918 sollten neu aufgebaut werden rund 4000 Gebäude, davon 280 in den Städten und 3720 auf dem Lande. Vorkriegszustände wurden auf 1/4 Million Anträge bis zum 1. Juli 1918 956 Millionen ausgegeben. Schließlich sei hier auch noch die Zahl der Verschleppten eingetragt: als verschleppt angemeldet waren in der ganzen Provinz 10 553 Personen. Davon waren bis zum 1. September dieses Jahres zurückgeführt 7282, nämlich 3160 Männer, 2280 Frauen und 1832 Kinder.

Ueber den eigentlichen Wiederaufbau hat, wie schon angedeutet, vor kurzem der Bundestag der deutschen Architekten in Würzburg einen Vortrag des Prof. Vob. Adolf Schardt gehalten, der dabei die ganze Organisation des Wiederaufbaus schilderte und kritisierte. Der Wiederaufbau auf dem Lande und in den Städten ist sehr verschiedenartig durchgeführt worden. Auf dem Lande ist in vielen Fällen durch besondere Landbau-bureaus, die dem Landrat unmittelbar unterstellt sind, der größte Teil der fertigen Bauten aus einer Hand gemacht worden. Es sind schnelle Fortschritte erzielt worden und die Landratsbauhöfen haben sogar mit Ueberflüssen gearbeitet. In den zerstörten Städten hat man 22 Bezirksarchitekten eingesetzt; die von ihnen geleiteten Bauerausschüsse, die dem Königsberger Hauptbauerausschuss unterliegen, sind aber weniger wirksam, als technisch und künstlerisch tätig. Die Städte hat große Widerstände ausgesetzt; die freien Architekten sind aber die notwendige Begegnung als Bemühend, und die „beratenden“ Grundbesitzer haben hinterher, daß die Architekten zugunsten des Stadtbauwesens die wirtschaftlichen Einzelinteressen vernachlässigt hätten usw. Auch ein allzu komplizierter Instanzenzug wird beklagt. Im allgemeinen haben sich aber die Interessen allmählich ausgleichend gelassen, und mer heute die hauptsächlich in Mitleidenschaft gezogenen Bezirke bereit, wird starke Eindrücke von der Energie und Tätigkeit mitnehmen, mit denen überall wenigstens die schlimmsten Schäden bereits wieder beseitigt sind.

Angenehme Schwierigkeiten bereiteten natürlich der Mangel an Bauhöfen und Arbeitern und die gewaltige Verteuerung der Baukosten. Statt 16 Mt. im Frieden sind jetzt für den Kubikmeter bebauten Raumes 25 Mt. zu zahlen; da u e r n d werden die Kosten sich voraussichtlich auf 28 Mt. stellen. Die gesamten Bauwerte in Deutschland werden auf 100 Milliarden geschätzt. Nimmt man eben einen höheren Vermehrung von nur 75 Proz. bei Neubauten eine Wertschöpfung auch in den älteren Häusern von 50 Proz. an, zugleich aber eine Steigerung der Kosten und Zinsenlasten der Hausbesitzer um 12 Proz., so würde das einen Zuwachs für die alten Hauswerte von mehreren Milliarden bedeuten, für die Baukosten der Kleinwohnungen im Reich aber würden sich mindestens 25 Proz. Verteuerung, bei 16 Milliarden also ein Verlust von 4 Milliarden, ergeben. Der Mangel an

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 21. Oktober.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flanden wurde vor und um den 20. Abschnitt zwischen Uffel und Kortrijk heftig gekämpft. Im Somersberg übergehend einbeidseitigen Feind wies wir im Gegenlicht wieder zurück. Weiterwärts von Demme setzte sich der Gegner auf dem Westufer der Zeele fort. Teile, die südlich der Stadt über den Fluß vordrangen, wurden zum größten Teil gefangen genommen. Ein Krampfennekt bild auf dem östlichen Ufer zurück. Ostlich von Kortrijk ließ der Feind über Dersell und Zwonen vor. Auf den Höhen westlich und südwestlich von Wichte brachen wir seine Angriffe zum Stehen, nördlich der Scheide wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Nördlich von Tourna hat der Gegner die Scheide erreicht. Südlich von Tourna fanden wir mit ihm an der Linie St. Amant östlich von Denain und auf den Höhen östlich und nordöstlich von Somers in Gefechtsstellungen. Weiter östlich von Someres und Le Cateau triff der Engländer stellen in Ausbehnung steht am 17. und 18. Oktober zwischen Le Cateau und der Osteländischen Angriffe mit harten Kämpfen an. Zwischen Sommering und Berlin blieben seine Angriffe auf den Höhen westlich der Herpes-Niederung in unserer Abwehrwirkung liegen; weiter östlich von Someres brachten wir aber unter unsere andere Linie hinausgebrachten Feind auf den Höhen östlich und südöstlich der Stadt zum Stehen. Someres und Ameland gingen verloren und wurden im Gegenlicht wieder gewonnen. Weiter östlich von Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach heftigen mehrtägigen Kämpfen im allgemeinen besetzt. Die brandenburgische 41. Reserve-Division unter Führung des Generalmajors Bona hat sich hier besonders bewährt. Der mit großen Mitteln unternommene Angriff des Feindes ist damit auf der ganzen 20 Kilometer breiten Front bis auf östlich bescheidenen Boden des Someres an der Zäbleit unter der Wirkung westlich wies am nördlichen Infanterie abschwicht.

Westlich der Zeele wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen. Weiter östlich der Straße Bann—Marie führten

wir im Gegenlicht Teile unserer noch in Feindeshand gehaltenen Linie und wiesen starke Gegenangriffe ab. Auch westlich der Zeele nahmen ostpreußische Partisans und des in den letzten Kämpfen besonders bewährte Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 231 im Gegenlicht ihre Stellung wieder und schlugen feindliche Angriffe ab. Ostlich von Bouzies wurde der Feind seine am 18. Oktober erzielten Erfolge durch Fortsetzung seiner Angriffe zu erweitern. Vornehmlich sind sie im Gegenlicht des Infanterie-Regiments Nr. 411 und an der äußeren Abwehr der 7. Kompanie bayerischen Infanterie-Regiments Nr. 24 gescheitert.

Seeresgruppe Gallwitz.

Ostlich Lantsehille wurden Teilangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Gefechtsaktivität beiderseits der Waas in mäßigen Grenzen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Am der Morawa schlugen wir erneute Teilangriffe des Feindes ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Staatssekretär Scheidemann über die Kriegsanleihe:
Seid pflichtbewußt helfst unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündel-sicher zu fünf Prozent anzulegen.

M. Lubendorff

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

(Letzte Derselben Seite auf Seite 3.)

